

Bundesweiter Aktionstag im Februar: „Kämpfen bis zum Erfolg“

In der Delegiertenversammlung der IG-Metall Stuttgart am 27. November 2010 erklärte der Bezirksvorsitzende Jörg Hofmann, eine Schwäche der bisherigen Protestbewegung sei, dass viele Menschen nicht ernsthaft an Erfolge glaubten. Deshalb sei es wichtig, kommende Auseinandersetzungen so lange und so entschieden zu führen, bis auch Erfolge erzielt sind. Vor allem der Kampf gegen Prekarisierung, gegen Leiharbeit, Werkverträge und Scheinselbstständigkeit, böten hier reale Ansatzpunkte, weil eine Kombination von öffentlichen Protestveranstaltungen mit betrieblichen Aktionen und auch mit tarifvertraglichen Regelungsmöglichkeiten gegeben ist. Im Stahlbereich müssen ja Leiharbeiter auch gleich bezahlt werden wie Stammbeschäftigte.

Die große Tarifkommission der IG Metall Baden Württemberg setzt Maßstäbe!

Am 30. November präzisierte die große Tarifkommission: Sie beschränkte sich nicht nur auf die Forderung nach Verhinderung, Begrenzung und Gestaltung von Leiharbeit. Die Inhalte der Herbstproteste 2010 sollen weitergeführt werden. Gegen das Abladen der Krisenlasten auf dem Rücken der Beschäftigten. Für gleiche Bildungschancen. Gegen prekäre Niedriglohnjobs. Aber auch weiterhin gegen die Rente ab 67 und gegen die asoziale Gesundheitsreform. Wörtlich heißt es in der Resolution: „Dazu brauchen wir einen langen Atem, aber auch die Bereitschaft zur politischen Zuspitzung“. Im Februar soll ein bundesweiter Aktionstag gegen prekäre Beschäftigung durchgeführt werden.

Skeptiker werden jetzt sagen, dass es schon oft vollmundige Erklärungen führender Gewerkschaftsfunktionäre gegeben hat. Man kann bemängeln, dass ein Aktionstag gegen prekäre Beschäftigung in den Betrieben allein nicht die notwendige übergreifende Massenbewegung ist.

Branchenübergreifendes Thema?

Berechtigt ist die Frage nach einem Thema, das branchenübergreifend alle mobilisieren kann. Wahr ist, dass betriebliche und tarifliche Auseinandersetzungen ergänzt werden müssen, durch kontinuierliche mächtige Protestaktionen und auch durch nachhaltige Veränderung des Massenbewusstseins, durch Aufklärung, welche die gesellschaftlichen Wurzeln der Probleme aufzeigt.

Richtig ist, dass die Resolution der Tarifkommission nicht die Antwort auf all diese Fragen gibt und auch noch lange keine Garantie ist für Erfolg oder auch nur für dauerhaft anhaltenden Widerstand. Aber sie ist eine Antwort.



Demo am
13.11.10
in
Stuttgart:

Leiharbeit
staatlich
subventionierter
Hungerlohn
vernichtet
Arbeits-
plätze

Bewegungen entwickeln und dann bündeln

Proteste wie in Griechenland, Frankreich, Spanien, Italien wird es hierzulande dann geben, wenn unterschiedliche Bewegungen aus unterschiedlichen Motiven zusammenlaufen. Vom Kampf gegen Prekarisierung, gegen ungleiche Bildungschancen bis gegen Rente mit 67 und „Gesundheitsreform“. Gegen die Vergesellschaftung der Verluste und Privatisierung der Gewinne, bis gegen die Hartz IV-Ungerechtigkeiten. Gegen den Ausstieg aus dem Atomausstieg bis zu lokalen Kämpfen wie denen gegen Stuttgart 21 usw. Dazu müssen sich aber diese Bewegungen entwickeln. **Bündeln kann man nur was ist.** Einfach ein Problemfeld als das alle ergreifende Mobilisierungsfeld zu deklarieren, ist noch keine Garantie dafür, dass es das auch ist bzw. wird.

Die Tarifkommission hat wichtige Orientierung gegeben. Betriebliche Aktionen, wenn sie nicht im symbolischen Bereich stehen bleiben (also auch Arbeitsniederlegungen und Streiks) könnten in der Tat erfolgversprechend sein, in einem Land, in dem gerade der Aufschwung mit massenhaften Überstunden und Sonderschichten realisiert wird.

Impulse von örtlichen und überregionalen Bündnissen sind wichtig

Warum sollte der Aktionstag gegen prekäre Beschäftigung nicht seine Ergänzung finden durch gleichzeitige außerbetriebliche Großdemonstrationen unter einem übergreifenden Motto?

Warum sollte es nicht möglich sein, dass gleichzeitig Beschäftigte und Arbeitslose, sozial Benachteiligte, Schüler und Studenten, Demokratie-, Umwelt- und Bürgerbewegungen zu gemeinsamer Aktion mobilisieren?

Warum sollte daraus nicht eine dauerhafte solidarische Zusammenarbeit entstehen können?

Manfred Jansen,
Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani – Christiaan Boissevain

Tel: 06182/782306

E-Mail: HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 6. Januar 2011

Interview mit dem Betriebsratsvorsitzenden von KBA-MetalPrint GmbH, Ronny Schwarz Kampf gegen Zerschlagung des Produktionsstandortes erfolgreich beendet

NWI: Am 17. 11. 2010 habt Ihr Euren Kampf erfolgreich beendet. Mehr als 2 ½ Jahre lang hat er gedauert. Viele Probleme spielten zusammen. Es ging um die Abwehr von Einsparungen auf Kosten der Belegschaft, um Verhinderung von Massenentlassungen und sogar um die Verteidigung der nackten Existenz Eures Produktionsstandortes. Was war der Kern der Auseinandersetzung?

Ronny: Wir wurden 2006 vom Koenig & Bauer Konzern, einem der drei großen Papierdruckmaschinenhersteller gekauft. Der Papierdruckbereich steckt schon länger in einer strukturellen Krise, unter anderen wegen der verstärkten Nutzung des Internets. Wir im Nischenmarkt Blechdruck haben diese strukturellen Probleme nicht und verdienen Geld mit unseren Maschinen. Der Konzern hat enorme Überkapazitäten und so gibt es seit Anfang 2008 seitens unseres Konzerns den Plan, unsere Produktion und Montage aus Stuttgart abzuziehen und in andere Konzernwerke zu verlagern. Erschwerend kommt hinzu, dass unser Mietvertrag hier auf dem Gelände in 2014 ausläuft. Diesen könnte man natürlich verlängern, aber die Strategie war und ist, nur noch ein Center of Excellence in Stuttgart zu haben, mit knapp 100 Beschäftigten und einem günstig angemieteten Bürogebäude.

Kern unseres Kampfes war und ist, zu verhindern, dass Arbeiten und Produkte und somit Know how von uns in Stuttgart abgezogen wird. Mit diesen jahrelang gewachsen Strukturen bei uns, sind wir als Anlagenbauer und Systemanbieter im Blechdruck Weltmarktführer geworden, sind dadurch flexibel und hoch profitabel. Zerstört man diese Strukturen, zerstört man auch diese Firma.

Was der Konzern 2008 nicht geschafft hatte, versuchte man unter dem Deckmantel der Krise in 2009. Die Geschäftsführung wollte die Belegschaft an den, so ihre Einschätzung, dauerhaften gesunkenen Umsatz anpassen. Sie wollten das mit bis zu 150 Entlassungen, wir wollten die volle Ausschöpfung der Kurzarbeit. Das eigentliche Ziel war aber, mit den Entlassungen eine künstliche Überauslastung zu schaffen, um so Arbeiten zur Würzburger Mutter zu verlagern.



Das Kreuz der Arbeit wird im Mai 2010 errichtet als Zeichen des gemeinsamen Widerstands – ein halbes Jahr Mahnwache vor den Werkstoren bei KBA in Stuttgart.

NWI: Es war ja wohl hauptsächlich der Konzern, der Euch unter Druck setzte?!

Ronny: Es sollte in der Öffentlichkeit immer so aussehen, als ob unsere Geschäftsführung diese Entscheidungen treffen wollte, aber im Hintergrund hat der Konzern enormen Druck auf unsere GF ausgeübt. Das ging sogar bis hin zu Entlassungsdrohungen, welche der Konzern im August 2010 dann auch umgesetzt hat und den Geschäftsführer rausschmiss und einen neuen einsetzte, der bis heute aber die Konzernstrategie gegen die Belegschaft auch nicht umsetzen konnte. Viele geplante Entscheidungen waren und sind betriebswirtschaftlich für uns in

Stuttgart unsinnig, das haben wir auch immer wieder aufgezeigt und mit Berechnungen nachgewiesen. Am deutlichsten wurde das hineinregieren des Konzerns, als ein fertig verhandelter Ergänzungstarifvertrag vom Konzern abgelehnt wurde oder als sich unser Geschäftsführer in seinem Büro einschloss, damit er der Belegschaft nicht erklären musste, warum er ein wieder neu verhandeltes Eckpunktepapier ebenfalls nicht unterschreiben konnte.

NWI: 2 ½ Jahre sind eine lange Zeit. Was gab Euch den dafür notwendigen, langen Atem?

Ronny: Schon in den vergangenen 10 Jahren gab es Situationen, in denen sich die Belegschaft gegen Angriffe wehren musste. Der alte Gesellschafter versuchte immer wieder von der Belegschaft Opfer abzuverlangen. Schon damals haben sich die Belegschaft und der Betriebsrat erfolgreich gewehrt, diese Kampfbereitschaft ist also ein langer Entwicklungsprozess, der die Kolleginnen und Kollegen zusammengeschweißt hat.

Wir wissen, dass in unseren Produkten viel eigenes Know how steckt, das keiner in kurzer Zeit kopieren kann, wir sind nicht umsonst Weltmarktführer. Dieses Selbstbewusstsein, Produkte herzustellen, welche am Markt gefragt sind, bestärkt uns in unserem Kampf.

NWI: Ihr habt, sehr kreativ, unterschiedlichste Aktionsformen angewendet. Kannst Du das kurz skizzieren?

Ronny: Zuerst haben wir als Betriebsrat natürlich alle unsere rechtlichen Möglichkeiten ausgenutzt. Um Kurzarbeit durchzusetzen, nutzten wir zusätzlich die tarifliche Schlichtungsstelle.

Um Fremdvergaben, die in einer unserer Betriebsvereinbarungen geregelt sind, zu unterbinden, gingen wir mit einstweiligen Verfügungen und Beschlussverfahren vor's Arbeitsgericht.



Um die geplanten ersten 70 Entlassungen zu verhindern, zögerten wir das Verfahren der Einigungsstelle hinaus, weil uns z.B. genauere Informationen fehlten. Wir traten in eine Sozialtarifbewegung ein, um so die geplanten Entlassungen so teuer zu machen, dass der Arbeitgeber davon ablassen würde. Mit Hilfe der Sozialtarifbewegung rief die IGM (wir) zu Warnstreiks auf und erhöhte so den Druck.

Aber auch öffentliche Aktionen in Richtung Aufsichtsrat, Vorstand und Gesellschafter, wie unser Flugblatt, der Offene Brief oder die Teilnahme der Belegschaft an der Aktionärsversammlung waren wirkungsvolle Mittel. Oder spektakulär auch unsere Aktion mit dem Kreuz der Arbeit, mit der wir es wieder mal in die Zeitungen und ins SWR Fernsehen schafften. Das hat den Konzernchef massiv unter Druck gesetzt.

NWI: *Wie war die Wechselwirkung zwischen verhandeln und kämpfen?*

Ronny: Begleitend zu den vielen Verhandlungen und Gerichtsprozessen, organisierten die IGM und wir immer wieder Kundgebungen, mit Unterstützung anderer Betriebe oder Aktionen im Betrieb, z.B. bei der Einigungsstelle. Das beeindruckt natürlich auch einen Richter und demonstriert die volle Unterstützung der Belegschaft für ihren Betriebsrat, da hat man eine ganz andere Verhandlungsposition. Als die Geschäftsführung für 13 Kolleginnen und Kollegen die bereits ausgesprochenen Kündigungen wieder zurücknahm, stellten wir unsere Aktionen nicht ein, sondern unterstützten die Gekündigten weiterhin, auf diese Weise kamen noch einmal 5 Gekündigte zurück.

NWI: *Welche Rolle spielte die Basis? Die Vertrauensleute, die IGM- Mitgliederversammlung, die ganze Belegschaft? Im Kampf selbst, aber auch bei Entscheidungen und Zielsetzungen.*

Ronny: Ohne die Belegschaft mit einzubeziehen wäre der Kampf so nicht möglich gewesen. Wir haben unsere Vorgehensweise zuerst mit den Vertrauensleuten und dann mit der Belegschaft besprochen, manchmal in Abteilungsversammlungen oder auch außerhalb der Firma bei unseren Mitgliederversammlungen. So diskutierten wir mit allen unseren Weg und beschlossen ihn gemeinsam. Verhandlungsergebnisse wurden immer transparent mit der Belegschaft besprochen. Nur wenn die Belegschaft hinter einem Ergebnis steht hat das auch Bestand.



NWI: *Wie war die Zusammenarbeit mit der IG-Metall?*

Ronny: Ohne unsere Gewerkschaft wäre vieles nicht möglich gewesen, seien es die Busse oder die Verpflegung bei unserer Mahnwache über 28 Wochen lang, die Flugblätter oder die rechtliche und politische Unterstützung unserer Verhandlungen. Wir sind ein Beispiel, das es sich auch in der heutigen Zeit lohnt zu kämpfen und nicht nur die Höhe des Sozialplans zu verhandeln. Dafür muss die Belegschaft über die Vertrauensleute und Betriebsräte informiert und geführt werden.

NWI: *Welche Unterstützung hattet Ihr noch?*

Ronny: Eine große rechtliche Hilfe waren unsere Anwälte Ewald Bartl und Benja Mausner, die nicht nur die Paragraphen verstanden, sondern auch mit uns strategische und taktische Vorgehensweisen ausarbeiteten. Ebenfalls bekamen wir große Unterstützung von Guido Lorenz, von der katholischen Betriebsseelsorge. Mit seinen kreativen Ideen fanden wir immer wieder Gehör in der Öffentlichkeit, den Kolleginnen und Kollegen gab er Halt in so manch

schwerer Stunde. Natürlich gab es auch große Unterstützung durch befreundete Betriebe wie z.B. Coperion, Behr und Bosch, sowie dem Zukunftsforum und vielen anderen.

Besonders in betriebswirtschaftlichen Fragen unterstützte uns Charly Trautwein vom IMU-Institut, so konnten wir viele Missstände auch mit fundierten Berechnungen belegen.

NWI: *Ihr wart erfolgreich! Was heißt das konkret?*

Ronny: Der größte Erfolg ist wohl, das es diesen Standort, mit Fertigung und Montage, wenn auch mit reduzierter Belegschaft heute noch gibt und dafür hat die Belegschaft keine tariflichen Zugeständnisse gemacht.

Die Montage wurde wieder personell aufgebaut, sie war ja zwischenzeitlich durch die vielen bezahlt freigestellten Kolleginnen und Kollegen auf ein Minimum geschrumpft, in der Fertigung sah es noch schlimmer aus. Diese war handlungsunfähig gemacht worden, auch dort haben wir wieder die Möglichkeit, viele unserer Teile zu fertigen.

Der Zusammenhalt in der Belegschaft ist so groß, da keinerlei Unterstützung bei Fremdvergaben stattgefunden hat und so war es nur eine Frage der Zeit, dass viele unserer Fertigungsteile wieder zu uns zurückkamen, weil der Konzern sie nicht fertigen konnte.

Unsere CNC-Maschinen laufen zumindest wieder in 2 Schichten.

NWI: *Wie ist Deine Prognose für die Zukunft?*

Ronny: Wir können uns nicht ausruhen, sondern müssen weiterhin wachsam sein und uns einmischen. Eine Entscheidung über das Zukunftskonzept wurde wieder nach hinten verschoben. Der Konzern hält im Hintergrund, unserer Meinung nach weiterhin an seinen Plänen fest, kann sie aber momentan nicht umsetzen.

Ohne die Hilfe der Kolleginnen und Kollegen das Wissen an andere Standorte zu transferieren, wird es schwierig und teuer für den Konzern.

Die Belegschaft ist momentan sehr solidarisch und selbstbewusst, wir bekommen rechtzeitig Signale, wenn wieder etwas im Busch ist.

Mit unseren gesetzlichen Mitteln als Betriebsrat und unserer politischen Unterstützung durch die Vertrauensleute müssen wir dafür sorgen, dass die Fertigung und Montage wieder personell so aufgestockt wird, dass wir rentabel arbeiten können.

Wenn wir das Know how in unseren Köpfen nicht an den Konzern preisgeben und profitabel arbeiten, wird es dem Konzern extrem schwer fallen, diesen Standort platt zu machen.

Davon abgesehen, müssen wir grundsätzlich dafür kämpfen eine Standort – und Produktgarantie von unserem Mutterkonzern zu bekommen.

NWI: Herzlichen Dank für das Interview.

Kongressreader 2010



Weitere Infos
über die
Gewerkschafts-
linker sind im
Labournet
unter:

www.labournet.de
/GewLinke

Netzwerkinfos
Kongressreader
Örtliche Foren

Tarifauseinandersetzung 2010 bei der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) Zum Konflikt zwischen ver.di und GDL

Teile von ver.di München versuchten, die Entscheidung zur Tarifeinheit zu unterlaufen - sie nimmt die diesbezüglich angestrebte Gesetzesänderung von DGB und BDA, das Streikrecht von Spartengewerkschaften einzuschränken, in ihrer lokalen Tarifpolitik vorweg!

Der Konflikt

Ende August kämpften die KollegInnen der GDL in Bayern für bessere Arbeitsbedingungen im öffentlichen Nahverkehr. Der bayerische Nahverkehrsbereich bei ver.di hatte zuvor am 20.08.2010 einen Tarifvertrag mit einem äußerst mageren Entgeltergebnis und ohne Kampf abgeschlossen. Während der zunächst gemeinsamen Verhandlungen von ver.di und GDL (bzw. dbb) wurde die Forderung der GDL nach Bezahlung der sogenannten "Wege und Wartezeiten" für die Bus-, U- und Straßenbahn-FahrerInnen seitens ver.di absprachewidrig fallen gelassen! Daraufhin trat die GDL umgehend aus der gemeinsamen Verhandlungskommission aus und begann mit ihrem Streik.

Die für diesen Bereich Verantwortlichen von ver.di-München reagierten darauf - wir müssen es leider so sagen - mit einer Hetzkampagne gegen die streikenden GDL-KollegInnen. Es wurde gezielte Falschinformation und Verleumdungen unterstellt, ebenso das Sähen von Unruhe und Missgunst sowie Unterwandern und Zersetzen vorgeworfen.

In einem Flugblatt des FB Verkehr von ver.di München vom 6.09.2010 wurde an die angeblich seit Abschluss des Tarifvertrags geltende „Friedenspflicht“ auch für GDL-Mitglieder erinnert. „Das gilt grundsätzlich auch für nichtorganisierte Beschäftigte und Mitglieder anderer Gewerkschaften, die Inhalte unserer Tarifeinigung in Anspruch nehmen. Eine Beteiligung an Streiks ist somit rechtlich nicht zulässig.“

Damit wurde absichtlich und wahrheitswidrig suggeriert, dass nichtorganisierte KollegInnen nicht am Streik der GDL teilnehmen können. Faktisch war das ein Aufruf zum Streikbruch. Weiter wurde auf das „Recht auf Arbeit“ gepocht: „Niemand darf von Streikende daran gehindert werden, seine Arbeit aufzunehmen.“ Damit übernahm der verantwortliche ver.di-Funktionär die Aufgaben der Arbeitgeberseite. Wenn ver.di schon nicht streiken wollte, dann hätte sie wenigstens schweigen können, wenn andere KollegInnen um ihre legitimen Interessen kämpfen, statt ihnen in den Rücken zu fallen.

Intervention der Münchner Gewerkschaftslinken

Die Münchner Gewerkschaftslinken (mgl) - alle Kollegen/innen sind in DGB-Gewerkschaften organisiert - verteilte daraufhin ein Flugblatt mit dem Titel "Wer kämpft hat unsere Solidarität" an die Beschäftigten der MVG und die streikenden GDL-KollegInnen. Darin wurde unsere grundsätzliche Solidarität mit den für ihre berechtigten Forderungen streikenden GDL-KollegInnen - unsere Distanzierung von der Hetzkampagne von Teilen aus ver.di gegen die GDL - und eine scharfe Kritik an dem kampflosen Tarifabschluss von ver.di zum Ausdruck gebracht. Außerdem wurde eine Veranstaltung organisiert, um die verfahrenere Situation zwischen den gewerkschaftlichen Kontrahenten zu klären. Der verantwortliche ver.di-Funktionär sagte die Teilnahme ab. Sie ließen außerdem eine diffamierende Mitteilung gegen die mgl an alle MVG Beschäftigten aushängen. An der Veranstaltung nahmen u.a. 14 Kollegen der GDL teil. Erschütternd die Berichte über die Drohungen und Maßregelungen die seitens der Geschäftsleitung der MVG in trauter Eintracht mit den Ver.di Verantwortlichen, gegen die GDL- und andere KollegInnen, die sich am Streik beteiligen wollten eingeleitet wurden.

Bewertung und Bedeutung des Konflikts

Diese Auseinandersetzung wirft ein Schlaglicht darauf, wie

die für den Verkehrsbereich Verantwortlichen von ver.di-München gegen streikende Spartengewerkschaften (GDL) glauben vorgehen zu können. Dies soll wohl bundesweit Schule machen. Diese Vorgehensweise findet seine Erklärung einerseits vor dem Hintergrund der gemeinsamen Initiative von DGB und BDA, das Streikrecht für Spartengewerkschaften einzuschränken und andererseits der zunehmenden Ablehnung dieser Initiative innerhalb von ver.di. Von dieser zunehmenden internen Infragestellung der DGB/BDA-Initiative scheinen Teile von ver.di München völlig hemmungslos geworden zu sein, wenn es um ihnen unliebsame Bestrebungen anderer bzw. nicht zum DGB gehörender gewerkschaftlicher Kräfte, wie der GDL, geht. Denn sie stellen die oft kampflose Tarifpolitik der DGB-Gewerkschaften durch eigene Streiks infrage. Da gilt die grundlegend notwendige zwischengewerkschaftliche Solidarität überhaupt nichts mehr. Dies lässt für die nähere Zukunft nichts Gutes erwarten, zumal Bundeskanzlerin Merkel auf dem BDA-Kongress im Dezember ankündigte, in der Frage der Einschränkung des Streikrechtes für Spartengewerkschaften bzw. der Tarifeinheit bald aktiv werden zu wollen. Weiterer innergewerkschaftlicher Widerstand tut also dringend Not!

Christiaan Boissevain, Münchner Gewerkschaftslinken

Ein ausführlicher Bericht, sowie die Flugblätter von verdi und mgl stehen im Labournet unter www.mgl.labournet.de



Die Delegiertenversammlung der IG Metall Verwaltungsstelle Frankfurt hat am 17. November 2010 folgenden Antrag einstimmig beschlossen und zur Weiterleitung an den Vorstand vorgesehen:

Die IG Metall wirkt im DGB Bundesvorstand darauf hin, die Initiative von DGB und BDA zur Änderung des Tarifvertragsgesetzes mit dem Ziel der gesetzlichen Verankerung der Tarifeinheit zu stoppen. In der IG Metall wird eine breite innergewerkschaftliche Diskussion über die Auswirkungen der veränderten BAG-Rechtsprechung zur Tarifeinheit und die sich daraus ergebenden Aufgaben gewerkschaftlichen Handelns geführt.

Begründung:

...Das deutsche Streikrecht ist im europäischen Vergleich bereits sehr restriktiv. Die Möglichkeiten zum Streik sollten in Deutschland ausgeweitet statt weiter erschwert werden. Mit welchem Ziel die Unternehmer die Tarifeinheit gesetzlich verankern wollen, ist deutlich: Ruhe im Betrieb durch Einschränkung des Streikrechtes. ... Der Ruf nach dem Gesetzgeber ist der falsche Weg, der zudem die Koalitionsfreiheit, die Tarifautonomie und das Streikrecht – und damit wesentliche gewerkschaftliche Grund- und Menschenrechte – verletzt. Einer ernsthaften Prüfung auf Verfassungsgemäßheit sollte die vorliegende Initiative unseres Erachtens nicht standhalten. Und ob die DGB-Gewerkschaften stets in der Mehrheit sind und damit von diesem Vorstoß profitieren, ist ebenfalls zweifelhaft...

Der gesamte Antrag sowie weitere stehen im Labournet: labournet.de/diskussion/gewerkschaft/tarifpolitik/dgbbda.html